

Scharpf, Fritz W.; Strümpel, Burkhard; Hondrich, Karl Otto; Behrens, Johann; Novy, Klaus

Article — Digitized Version

Die Akzeptanz der Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharpf, Fritz W.; Strümpel, Burkhard; Hondrich, Karl Otto; Behrens, Johann; Novy, Klaus (1982) : Die Akzeptanz der Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 2, pp. 59-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135646>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Akzeptanz der Arbeitslosigkeit

Noch anlässlich der Rezession 1965/66 wurde befürchtet, daß 1 Mill. Arbeitslose unser politisches und soziales System aus den Angeln heben würde. Erinnerungen an das Ende der Weimarer Republik wurden beschworen. Jetzt haben wir die 2-Mill.-Grenze erreicht. Worauf beruht die große „soziale Akzeptanz“ der Arbeitslosigkeit?

Fritz W. Scharpf

Massenarbeitslosigkeit und politischer Quietismus: Das Modell Deutschland

Zu Beginn des Jahres 1982 überschreitet die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik den Erfahrungshorizont der Nachkriegsperiode und nähert sich Größenordnungen, die vor einem halben Jahrhundert die politische Katastrophe der Weimarer Republik ankündigten. Wer Anfang der siebziger Jahre auf die Möglichkeit dauerhafter, hoher Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hingewiesen hätte, wäre nicht ernst genommen worden; selbst nach dem Beginn der Wirtschaftskrise wurden Hinweise auf die Möglichkeit von Arbeitslosenzahlen in der Nähe der Zwei-Millionen-Grenze als „Horrorprognosen“ diffamiert. Nach der langen Periode der Vollbeschäftigung seit Mitte der fünfziger Jahre und nach der raschen Überwindung der Rezession von 1966/67 hatte sich überall die Meinung durchgesetzt, daß mit dem Instrumentarium der modernen Wirtschaftspolitik jedenfalls die Gefahr einer länger anhaltenden Massenarbeitslosigkeit endgültig gebannt sei. Ebenso allgemein war jedoch auch die Überzeugung, daß

gerade deshalb eine wider Erwarten dennoch eintretende Beschäftigungskrise unweigerlich auch eine tiefgreifende, möglicherweise systemgefährdende politische Legitimationskrise zur Folge haben müßte.

Beide Erwartungen sind bisher enttäuscht worden. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik überschritt 1975 die Millionengrenze, und nach sieben Jahren nähert sie sich jetzt der Zwei-Millionen-Grenze, ohne daß ein Ende des weiteren Anstiegs absehbar wäre. Die Hoffnungen auf die Leistungsfähigkeit der modernen Wirtschaftspolitik sind also nachhaltig enttäuscht worden. Dennoch ist von einer tiefgreifenden politischen Legitimationskrise kaum etwas zu spüren: Die Regierung, in deren Amtszeit der erste Höhepunkt der Arbeitslosigkeit fiel, hat in der Zwischenzeit zwei Bundestagswahlen mit soliden Mehrheiten gewonnen; der Stimmenanteil radikaler Parteien ist eher zurückgegangen als angestiegen; und die Protestbewegung der Grünen, die durchaus die Parteienkonstellation

verändern könnte, richtet sich gerade nicht gegen die Massenarbeitslosigkeit, sondern gegen die Manifestationen einer mit beschäftigungspolitischen Argumenten begründeten Politik des industriellen Wachstums. Selbst die Gewerkschaften haben bisher mit der politischen Mobilisierung ihrer Mitglieder nur gedroht und im übrigen zugesehen, wie ihre immer neuen Vorschläge für Programme zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung von der staatlichen Wirtschaftspolitik bis vor kurzem konsequent ignoriert wurden.

Suche nach Erklärungen

Das Ausbleiben jeder politischen Reaktion ist auch im nachhinein keineswegs selbstverständlich. Jedenfalls hat die Weltwirtschaftskrise seit Mitte der siebziger Jahre in den skandinavischen Ländern und den Beneluxländern, in Großbritannien und Irland, in den Vereinigten Staaten und zuletzt in Frankreich Regierungskrisen, Regierungswechsel und abrupte Richtungsänderungen der Politik zur Folge gehabt, so daß

der bisherige politische Quietismus der Bundesrepublik durchaus erklärungsbedürftig erscheint. Manche dieser Erklärungen setzen auf der Ebene der politischen Psychologie an und verweisen entweder auf einen latenten Masochismus der Nachkriegsdeutschen, die dem steilen wirtschaftlichen Aufstieg ohnehin nie ganz getraut und im Grunde härtere Zeiten geradezu herbeigesehnt haben könnten; oder sie verweisen auf ein aus den frühen zwanziger Jahren stammendes Inflations-Trauma der deutschen öffentlichen Meinung, die deshalb einigermaßen erfolgreiche Bemühungen um Geldwertstabilität selbst dann noch politisch honoriert, wenn dafür hohe Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden muß.

Es entspricht jedoch einer guten Regel der Sozialwissenschaften, auf derart irrationale, mit nationalen Besonderheiten der kollektiven Psyche operierende Erklärungshypothesen allenfalls dann zurückzugreifen, wenn alle zweckrationale Verhalten unterstellenden Erklärungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind. Die Suche nach Erklärungen muß deshalb bei der Situation und den Handlungsmöglichkeiten jener Gruppen ansetzen, von denen man nach ihrer Interessenlage am ehesten politischen Druck zugunsten einer konsequenten Vollbeschäftigungspolitik (und, im Falle des Scheiterns, massiven politischen Protest gegen die hohe Arbeitslosigkeit) hätte erwarten können: die von Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer sowie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie als organisierte Anwälte von Arbeitnehmerinteressen. Ich will im folgenden zeigen, daß auf beiden Ebenen aus je unterschiedlichen Gründen die Bedingungen einer politischen Mobilisierung gegen Arbeitslosigkeit bisher nicht gegeben waren.

Die von Arbeitslosigkeit Betroffenen selbst haben sich in der Bundesrepublik bisher nicht als politisch handlungsfähig erwiesen. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der Ungleichartigkeit der Einzelschicksale, die in der amtlichen Statistik zur jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit aggregiert werden. Sie lag im

vergangenen Jahr unter 1,5 Mill., obwohl insgesamt mehr als 5 Mill. Arbeitnehmer 1981 arbeitslos geworden waren. Für die meisten Betroffenen ist Arbeitslosigkeit also ein vorübergehendes Problem und nicht ein Dauerschicksal. So hatten etwa 1979 von der Gesamtheit aller in der Bundesrepublik arbeitslos gewordenen Männer fast die Hälfte schon nach weniger als einem Monat wieder Arbeit gefunden. Und auch 1980 dauerte die Arbeitslosigkeit bei der Hälfte der Männer nicht länger als 6,2 Wochen. Nur 11,6 % der Männer blieben 1979 mehr als ein halbes Jahr arbeitslos, und auch bei den Frauen betrug der Anteil der Langfrist-Arbeitslosen weniger als ein Viertel. Die große Mehrzahl der Betroffenen kann also immer noch die eigene Arbeitslosigkeit als ein durchaus vorübergehendes Problem verstehen, das sich innerhalb einer relativ kurzen Zeit durch den Übergang auf einen neuen Arbeitsplatz lösen wird. Da bei kurzfristiger Arbeitslosigkeit auch die Einkommensverluste – bei einem bisher steuerfreien Arbeitslosengeld von 68 % der Netto-Bezüge – zunächst begrenzt blieben, war für diese Gruppe das rationale Motiv für massive, potentiell systemgefährdende politische Reaktionen kaum vorhanden.

Anders bei den längerfristig Arbeitslosen, deren Anteil ansteigt: Während 1975 nur jeder zehnte Arbeitslose in der Bundesrepublik länger als ein Jahr ohne Beschäftigung war, traf dies 1979 schon für jeden Fünften zu. Hier wird Arbeitslosigkeit nicht nur zum ernsthaften Problem, sondern sie zerstört die Basis der gesellschaftlichen Existenz, die in unserer „Arbeitsgesellschaft“ nach wie vor durch Berufsrollen und durch Erwerbseinkommen definiert ist. Bei den Langfrist-Arbeitslosen wären also extreme politische Reaktionen durchaus plausibel – aber

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Fritz Scharpf, 46, ist Direktor des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung, Schwerpunkt Arbeitsmarktpolitik, des Wissenschaftszentrums Berlin.

Prof. Dr. Burkhard Strümpel, 46, lehrt Markt- und Verbrauchsforschung am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin. Er leitet zusammen mit Elisabeth Noelle-Neumann und Michael von Klipstein das Projekt Arbeitsmarktpolitik und Öffentlichkeit.

Prof. Dr. Karl Otto Hondrich, 44, ist Ordinarius für Soziologie in der Abteilung Produktion/Sozialstruktur des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt. Johann Behrens, 32, Dipl.-Soziologe, ist Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter in dieser Abteilung.

Dr. Klaus Novy, 37, vertritt seit drei Semestern eine Professur für Volkswirtschaftslehre, sozialwissenschaftliche Richtung, an der Universität-Gesamthochschule Wuppertal.

gerade sie gehören zu den am wenigsten organisations- und konfliktfähigen Gruppen in unserer Bevölkerung. Bei Entlassungen und erst recht bei der Wiedereinstellung von Arbeitslosen findet ja eine systematische Aussiebung statt, durch die sich der Bestand an längerfristig Arbeitslosen immer mehr mit den Angehörigen jener „Problemgruppen“ und „Randgruppen des Arbeitsmarktes“ anreichert, die aus der Sicht der Arbeitgeber am wenigsten leistungsfähig erscheinen. Gerade sie, Schwerbehinderte, Ältere, Ungelernte, Ausländer, Frauen und (zunehmend) Jugendliche ohne Berufserfahrung, sind jedoch am wenigsten in der Lage, sich politisch zur Wehr zu setzen, und sie sind auch in weit geringerem Maße gewerkschaftlich organisiert als die „Kerngruppe“ des Arbeitsmarktes der männlichen Facharbeiter mittleren Alters. Wenn sie längerfristig arbeitslos bleiben, so ist ihre endgültige Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt wahrscheinlicher als die Wiederbeschäftigung, und unsere Gesellschaft bietet ihnen dafür „Alternativrollen“ an (oder mutet sie ihnen zu), die die Ausgliederung sozial akzeptabel erscheinen lassen: die Rolle des Frührentners, der Nur-Hausfrau, des abgeschobenen Ausländers, des Schülers, Studenten oder des Aussteigers. Mit dem Übergang in die Alternativrolle ist dann auch das politische Protestpotential vollends neutralisiert.

Politisch-praktisches Dilemma

Für die Gewerkschaften ihrerseits hat die Verlagerung der Arbeitslosigkeit auf die Randgruppen des Arbeitsmarktes bisher auch bedeutet, daß der Kernbestand der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer weitgehend von Arbeitslosigkeit überhaupt, und jedenfalls von Langfrist-Arbeitslosigkeit verschont blieb. Wichtiger als Maß-

nahmen zur Bekämpfung der Langfrist-Arbeitslosigkeit war deshalb aus gewerkschaftlicher Sicht die Verteidigung der gegenwärtigen Höhe von Lohnersatzleistungen für jene Arbeitnehmer, die über viele Jahre ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet hatten und nun zum ersten Mal von (wahrscheinlich relativ kurzfristiger) Arbeitslosigkeit bedroht waren.

Die erstaunlich geringe Militanz gewerkschaftlicher Forderungen resultiert jedoch vor allem aus einem kaum auflösbaren politisch-praktischen Dilemma, das auch den Arbeitnehmerflügel der Sozialdemokratischen Partei bisher politisch gelähmt hat: Innerhalb der sozial-liberalen Koalition war die Aufgeschlossenheit für beschäftigungspolitische Forderungen bei den Sozialdemokraten zweifellos größer als bei den Freien Demokraten, deren Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalition jedoch immer wieder in Zweifel stand. Erfolgreicher politischer Druck auf die Sozialdemokraten in Parlament und Regierung hätte also leicht den Wechsel von der sozial-liberalen zur bürgerlichen Koalition zur Folge haben können. Ebenso hätte eine politische Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis gegen die gegenwärtige Regierung bei Landtags- und Bundestagswahlen leicht den Koalitionswechsel oder sogar eine Alleinregierung der Unions-Parteien zur Folge gehabt. Aus gewerkschaftlicher Sicht wäre in beiden Fällen nicht eine aktivere Beschäftigungspolitik, sondern eher eine noch restriktivere Geld- und Finanzpolitik nach dem Vorbild der Regierungen Thatcher und Reagan zu erwarten gewesen, bei der mit noch höheren Beschäftigungsverlusten gerechnet werden mußte. Gerade die politische Schwäche der sozial-liberalen Koalition zwang Gewerkschaften und Sozialdemokraten also zu einer tak-

tisch-politischen Gratwanderung, bei der die Kritik am beschäftigungspolitischen Immobilismus der Regierung nie so massiv vorgetragen werden durfte, daß dadurch das vorzeitige Ende dieser immer gefährdeten Koalitionsregierung bewirkt wurde.

Politik des kleineren Übels

Aber eben weil die Gewerkschaften und der Arbeitnehmerflügel der SPD nicht alle ihre vielfältigen Argumentations-, Demonstrations- und Kampfmittel einsetzten, um das Problem der Massenarbeitslosigkeit zum zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu machen, war es anderen Kräften möglich, andere Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik – die steigende Inflationsrate, das Leistungsbilanzdefizit, den Kursverfall der DM und vor allem die zunehmende Staatsverschuldung – mit noch höherer Priorität auf die politische Tagesordnung zu setzen. Gewiß waren auch damit durchaus reale und schwierige Probleme angesprochen, aber andere Länder – beispielsweise Österreich, Schweden oder jetzt Frankreich – haben sie bewußt in Kauf genommen, um Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden oder zu bekämpfen, während in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik das Ziel der Vollbeschäftigung gegenüber fast allen anderen Problemen nachrangig geworden ist. Diese Entwicklung jedenfalls läßt sich als direktes Ergebnis einer „Politik des kleineren Übels“ erklären, die Gewerkschafter und beschäftigungspolitisch engagierte Sozialdemokraten dazu veranlaßte, die gegenwärtige Koalitionsregierung zu schonen, obwohl diese aus Rücksicht auf den kleineren Koalitionspartner (und auf den ohnehin von der Opposition beherrschten Bundesrat) zu einer aktiven, konse-

quenten Beschäftigungspolitik in den vergangenen Jahren nicht imstande war.

Für den politischen Quietismus der Bundesrepublik gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit gibt es also im wesentlichen zwei Gründe: Die Last der Arbeitslosigkeit hat sich systematisch auf jene Randgruppen des Arbeitsmarktes verlagert, die aus eigenen Kräften am wenigsten imstande sind, sich politisch zur Wehr zu setzen. Jene organisierten Kräfte aber, die die Not der Arbeitslosen in politische Programme, politischen Druck und notfalls in eine massenhafte Protestbewegung hätten umsetzen

können, insbesondere die Gewerkschaften und Sozialdemokratie, sahen sich zur politischen Loyalität gegenüber einer Bundesregierung verpflichtet, die – obwohl faktisch zur fast völligen Untätigkeit verurteilt – im Vergleich zu den realen Alternativen immer noch als das kleinere Übel erschien.

Etwas zugespitzt könnte man also sagen: Wenn die Bundesrepublik (wie Österreich) in den letzten Jahren allein von Sozialdemokraten regiert worden wäre, hätten wir wesentlich weniger Arbeitslose und wesentlich höhere Staatsschulden. Wäre die Bundesrepublik (wie Großbritannien) in den letzten Jah-

ren von einer konservativen Partei allein regiert worden, hätten wir vermutlich noch mehr Arbeitslose, aber zugleich eine breite politische Protestbewegung, die einen radikalen Regierungswechsel (wie in Frankreich) in den Bereich des Möglichen rückte. Nur unter den besonderen Bedingungen der politischen Einbindung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in eine zum Konservativismus verurteilte Regierungskonstellation war die deutsche Koexistenz von langandauernder Massenarbeitslosigkeit und politischem Quietismus überhaupt möglich. In diesem Sinne jedenfalls ist das „Modell Deutschland“ durchaus einmalig.

Burkhard Strümpel

Arbeitslosigkeit: die schlechte und die gute Toleranz

Noch ist Friede zwischen Hütten und Palästen. Noch wird eher für höhere Löhne als gegen Entlassungen demonstriert und gestreikt. Die Radikalisierung der Parteienlandschaft ist bisher ausgeblieben. Es gibt keine großen, schlagkräftigen Organisationen, die wie die Rechts- und Linksextremisten vor einem halben Jahrhundert die „Schuldigen“ präsentieren und systemverändernde Patentlösungen verkünden. Die Parteien überbieten sich eher in Differenzierung, weiser Vorsicht, Reverenz vor dem Rat der Experten und den Funktionsgesetzen des Systems Wirtschaft.

Es ist vor allem die Statistik, die alarmiert. Dabei wird dem fernsehenden Durchschnittsbürger die Notlage von 1,7 Millionen Menschen kaum gegenwärtiger als die Leistungsbilanz, das Zinsniveau in den USA oder die Erhöhung des Preisauftriebs um einen halben Prozentpunkt. Das ausgebaute soziale

Netz, so heißt es, erkläre die Ruhe an der politischen Front. Die Arbeitslosen hungern und frieren nicht. Sie seien nicht hart genug betroffen, um laut aufzumucken.

Warum halten sie still?

Arbeitslosigkeit, wenn sie über eine Übergangszeit hinausgeht, ist ein bitteres Schicksal selbst dann, wenn ein auskömmliches Konsumniveau zunächst beibehalten werden kann. Aber die Statistik läßt nur die Spitze des Eisbergs sichtbar werden. Verborgен bleiben die Vielen, die aus Gründen der schlechten Wirtschaftslage nur geringe Berufschancen vorfinden, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht recht einsetzen können, d. h. „qualitativ“ arbeitslos sind. Auch diese Last fällt auf Gruppen, die noch wenig oder keinen „Besitzstand“ vorzuweisen haben; keinen Dauerarbeits- oder Ausbildungsplatz, wenig Dienstal-

ter, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die erst noch am Arbeitsplatz zu Berufserfahrungen werden sollen. Warum halten sie still?

Die Erfahrungen von Protestbewegungen zeigen, daß Betroffenheit allein nicht ausreicht, um im gesellschaftlichen Konzert Gehör zu finden oder gar etwas auszurichten. Die Leidtragenden müssen organisierbar, für eine gemeinsame Sache politisch mobilisierbar sein, um in der Arena des gesellschaftlichen Interessenausgleichs mithalten zu können. Die Dauerarbeitslosen und die qualitativ Arbeitslosen der siebziger und achtziger Jahre sind aber bisher überwiegend Randgruppen des Arbeitsmarktes: Ältere, Behinderte, Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Jugendliche ohne Berufsausbildung, Universitätsabsolventen mancher Fachrichtungen, Frauen in ungelehrten Beschäftigungen. Sie sind ohne schlagkräftige Lobby, so etwa

typischerweise nicht gewerkschaftlich repräsentiert.

Beunruhigung statt Alarm

Demgegenüber ist die komfortabel positionierte Mehrheit eher überbeschäftigt – viele Arbeitnehmer würden eine kürzere Arbeitszeit auch bei gegebenen Lohnsätzen vorziehen – und fühlt sich nicht konkret von der Möglichkeit des Arbeitsplatzverlustes bedroht. So attestierten noch im Herbst 1981 80 % der von uns befragten Berliner Arbeitnehmer ihrem Arbeitsplatz dankbar, daß er „Sicherheit vor Entlassung“ böte, während nur 20 % dieses Prädikat verweigerten¹. Dieser Mehrheit der sicher Beschäftigten, die sich in besseren Zeiten unter günstigeren Arbeitsmarktbedingungen beruflich entfalten konnten, ist Arbeitslosigkeit nicht so sehr eine Bedrohung der eigenen Existenz als vielmehr der Prosperität und politischen Stabilität dieser Gesellschaft, nicht so sehr ein Erfahrungstatbestand als vielmehr eine symbolische Größe, ein Indikator gesamtwirtschaftlichen Versagens.

Von den popularisierten Leitbildern der goldenen Zeiten des Nachkriegsbooms, etwa der sozialen Marktwirtschaft oder der Globalsteuerung, hat die Mehrheit gelernt, Erfolg an den Zielen des „magischen Dreiecks“ Wachstum, Geld-

wertstabilität und Beschäftigung zu messen. Sie versteht eine Welt nicht mehr, in der kaum einem dieser Ziele halbwegs Rechnung getragen wird und alle diesbezüglichen Versprechungen der Autoritäten unerfüllt bleiben. Hieraus erwachsen freilich Konsequenzen für die Politik: die Glücklosigkeit der Wirtschaft wird den Regierenden angelastet und führt zu Abnutzungserscheinungen, wie sie sich in der Kurzlebigkeit demokratischer Regimes gleich welcher Couleur eindrucksvoll im In- und Ausland dokumentieren lassen.

Bezeichnenderweise ist es die Inflationskurve, die im vergangenen Jahrzehnt als Fieberthermometer erhalten mußte. Von der dramatisch gestiegenen Arbeitslosigkeit haben sich die Deutschen, wie übrigens auch die Italiener, Franzosen und Briten, offenbar die Laune nicht verderben lassen. So vollzog sich etwa der Stimmungsaufschwung, der die im internationalen Vergleich herausragende Rückkehr der Bundesrepublik zu geringen Inflationsraten honorierte, im Angesicht einer fast unverändert hohen Arbeitslosenzahl von etwa einer Million. Demgegenüber verläuft das Wirtschaftsklima im Verhältnis zur Inflationskurve nahezu spiegelbildlich².

Die Mehrheit ist verstimmt und beunruhigt, aber kaum alarmiert. Es gibt keine Katastrophenstimmung, keine Sündenböcke. Ausländerfeindlichkeit ist trotz gewisser Anzeichen nicht zum Massenphänomen geworden, und auch die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen hat einer „Hol-sie-heim-zum-Herd-Ideologie“ nur wenig Zulauf verschafft. Vergeblich sucht man aber auch nach dem Nährboden für Solidarität, nach dem Mitgefühl derer, die noch einmal davongekommen sind, mit denen, die es erwischt hat. Woher die Toleranz, der sterile Gleichmut, der der politischen Sta-

bilität kurzfristig gut bekommen mag, aber das Engagement und die Konflikte nicht aufkommen läßt, ohne die wirksame und neuartige Lösungsstrategien sich nun einmal nicht entfalten können?

Sind die Arbeitslosen Faulenzer?

Bedeutsam wird hier die Einstellung der Mehrheit zu den Arbeitslosen, d. h. nicht die private Marotte, die etwa nur aus wirtschaftlichen Interessen oder persönlicher Hilfsbereitschaft erwachsen würde. Diese Einstellung ist vielmehr in die vorherrschenden Denkmuster in Sachen Wirtschaft und Gesellschaft eingebettet. Seit den Anfängen der staatlichen Armenhilfe werden Transfers an Bedürftige kontrovers beurteilt, haben den Verdacht von „Mitnehmereffekten“ und den Argwohn ausgelöst, daß „arbeits-scheue Elemente“ auf Kosten der hart Arbeitenden freigehalten werden. Man könnte freilich bei dem durchschnittlichen Arbeitnehmer neben einer Parteinahme für Staat und Arbeitgeber gegen den Transferempfänger auch eine eher identifizierende Beurteilung für plausibel halten: er selbst könnte ja auch einmal betroffen sein.

Die Bevölkerung scheint in ihrer Einstellung zu längerfristig Arbeitslosen gespalten zu sein. Während eine Einkommensgarantie für vorübergehende unverschuldete Notfälle unstrittig ist, wird die Billigung von Zahlungen an langfristig Arbeitslose von vielen bereits dann abgelehnt, wenn der Arbeitslose solche Arbeitsmöglichkeiten ausgeschlagen hat, die Mobilität, Dequalifizierung und Einkommensverlust voraussetzen. Die öffentliche Diskussion dieser Frage hat sich am Begriff der „Zumutbarkeit“ entzündet und bewegt sich zielstrebig auf die Kontroverse um die „Aussteiger“ zu, womit sie weder den meisten Arbeitslosen gerecht wird noch

¹ Diese Umfrageergebnisse stammen aus einer Pilotuntersuchung von 160 repräsentativ ausgewählten Berliner Arbeitnehmern (Fragebogeninterviews und Explorationsgespräche), die einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Bundesgebiet vorausgeht.

² Der Index des Wirtschaftsklimas beruht auf jährlich dreimal repräsentativ erhobenen Einstellungen und Erwartungen zur eigenen finanziellen und gesamtwirtschaftlichen Lage. Höhere Werte bedeuten optimistische Einschätzungen. Vgl. hierzu Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Nr. 3, Dez. 1981, Beiheft C 8. Vgl. Burkhard Strümpel, Alfred Kuß, Richard Curtin: The Use and Potential of Consumer and Dissipations Data in the Countries of the European Communities, Institut für Markt- und Verbraucherforschung der Freien Universität Berlin, Berlin 1981 (unveröffentlicht).

denjenigen, die neue Existenzgrundlagen außerhalb der arbeitsteiligen, zentralisierten, monetarisierten Wirtschaft aufzubauen versuchen.

So hat sich denn auch der Argwohn gegenüber Arbeitslosen in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Hielten sich im Oktober 1975 die Antworten auf die vom Institut für Demoskopie Allensbach an einen Querschnitt der deutschen Erwachsenen gerichtete Frage „Glauben Sie, daß es unter denen, die zur Zeit arbeitslos sind, viele gibt, die nicht arbeiten wollen, oder sind das nur Einzelfälle?“ mit 49 % („viele“) zu 45 % („Einzelfälle“) noch fast die Waage, so entschieden sich im Januar 1981 58 % für die kritische Antwort, während der Anteil der den Arbeitslosen eher günstig Gesonnenen auf 32 % zurückgegangen war³. Auf die 1981 in Berlin gestellte Frage⁴, welche Veränderungen Arbeitslosen zuzumuten seien, um einen Arbeitsplatz zu bekommen, wurden längere Arbeitswege und ungünstigere Arbeitszeiten von klaren Mehrheiten für zumutbar gehalten, „geringeres Einkommen“ und „Arbeit, die unter dem fachlichen Können liegt“, jedoch nur von etwa der Hälfte der Befragten, während etwa ebenso viele auf unzumutbar plädierten.

Unterschiedliche Leitbilder

Diese ambivalente Reaktion läßt sich zunächst in verschiedenen Leitbildern der Wirtschaftsgesellschaft wiederfinden, die wenig kompromißfähig einander gegenüberstehen: die industrielle Vision der Befürworter *wirtschaftlichen Wachstums* und der Kapitalbildung, die Vision derjenigen also, die der Produktivitätssteigerung und Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland höchste Priorität einräumen, und, die eher egalitäre Vision der *Lebensqualität*, deren Verfechter den

Schutz der Natur, eine dezentrale, selbstbestimmte Lebens- und Produktionsweise und ein reduziertes Engagement in arbeitsteiligen, zentralen Produktionsformen als Werte verteidigen.

Diese Leitbilder sind durch bestimmte kognitive Annahmen verbunden und werden durch sie gestützt. Aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik wird von Anhängern der industriellen Vision z. B. die Meinung vertreten, daß sich die Arbeitsmoral verschlechtert habe, was insbesondere auf den starken Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheit zurückzuführen sei, daß Arbeitszeitverkürzungen zu Wachstumsverlusten führen müßten, da, selbst bei Verzicht auf Lohnausgleich, die Arbeitsmärkte „leergefegt“ seien. Die Vision der Lebensqualität wiederum ist vereinbar mit der Vermutung und wird durch sie gestützt, daß zentralisierte, arbeitsteilige Großproduktionen die Arbeitnehmer unzufrieden und die Konsumenten krank machen.

Nun sind es jeweils nur Minderheiten von vielleicht 15 bis 25 %, deren Wirtschaftsdenken durch eine dieser einigermaßen konsistenten Strukturen oder Paradigmen charakterisiert werden kann. Die größte Mittelgruppe steht zwischen den Fronten. Von ihr wird wirtschaftliches Wachstum als Orientierungsgröße der Wirtschaftspolitik nolens volens anerkannt, die Forcierung der technischen Entwicklung und die Erhöhung des materiellen Lebensstandards wenn auch mit Einschränkungen gebilligt, und bei ihr

³ Diese Ergebnisse sind veröffentlicht in Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.): *The Germans, Public Opinion Polls 1967 – 1980*, Greenwood Press, Westport – London 1981, S. 309.

⁴ Siehe Anmerkung 1.

⁵ Vgl. B. Strümpel: *Stagnation und Beschäftigungspolitik im populären Wirtschaftsdenken*. Referat auf dem 6. Wuppertaler wirtschaftswissenschaftlichen Kolloquium „Stagnation und Beschäftigung“ vom 23.-25. 10. 1981.

erweckt der Leistungsbegriff zunächst positive Assoziationen. Sobald jedoch diese Begriffe, die überwiegend mit produktionsorientierten Werthaltungen identifiziert werden, auf ihre vermeintlichen Folgen abgeklopft werden, wendet sich das Blatt. Für die Mehrheit führt Wachstum zu sozialem Konflikt, zu Umweltverschlechterung, zur Monotonie am Arbeitsplatz; technischer Fortschritt zerstört Arbeitsplätze, statt sie zu schaffen oder zu erhalten⁵.

Die Wirtschaft als Uhrwerk

Warum wird Wachstum trotz negativer Konsequenzen für gut befunden? Die Wirtschaft wird als ein komplizierter, geradezu naturgesetzlich ablaufender Prozeß empfunden. „(Die internationale Wirtschaft) ist wie ein Uhrwerk, da greift eins ins andere, wenn die Preise draußen steigen, wollen die Arbeiter mehr Lohn, und das ist eine Kette ohne Ende, wo sollte man da anfangen? – Weiß ich nicht, möchte ich nicht beantworten.“ (Handwerker, Malergeselle, 40-44 Jahre.) Jeder Versuch, „von außen“ im Interesse der Menschlichkeit einzugreifen, riskiert den Stillstand dieses komplizierten Räderwerkes. Wachstum mag in der Gesellschaft und im Menschen nicht das Beste wecken; kurzfristig läßt es jedoch die materiellen Lebensgrundlagen unangestastet. – „Der einzelne braucht Wachstum, um seinen Lebensstandard zu halten.“ „(Wachstum) brauchen wir nicht, aber ich glaube, das ginge nicht. Wirtschaftlich, gesamtwirtschaftlich gesehen wäre das wahrscheinlich nicht machbar.“ (Äußerungen von Befragten.) Bezeichnend, aber auch plausibel ist, daß die auf die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes besonders bedachten Bürger dem vermeintlichen Imperativ des Wachstums am häufigsten Tribut zollen. Nicht positive Anreize,

etwa die Verlockungen des Wohlstands, sind hier am Werke, sondern Drohungen, Ängste, Unsicherheit, die es zu verhindern scheinen, daß sich industrie- und wachstums-kritische Gefühle gegen wirtschafts-technokratische Argumente durchsetzen.

Die jeweiligen Orientierungen zum Wachstum sind mit entsprechenden Einstellungen zu den Arbeitslosen und ihren Interessen, zur Industrie, zur „Wirtschaft“ und zu den Unternehmern verbunden. Die konsequenten Befürworter des industriellen Paradigmas wie auch die Ambivalenten, die sich der Logik des Wachstums und der arbeitsteiligen Wirtschaft teilweise nur zähneknirschend und halbherzig unterordnen, verspüren nicht selten einen Groll gegen diejenigen, die sich vermeintlich aus freien Stücken dieses Rollenzwanges entledigt haben, eine Haltung, die vielen bewußt oder unbewußt als Modell für ihren eigenen Lebensstil vorschweben mag. Arbeitslose werden zu „Schmarotzern“, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ihr komfortables Auskommen finden. Die Wachstumsgegner hingegen sehen

sich durch den Mißerfolg des wirtschaftspolitischen Instrumentariums bestärkt und legitimiert; es wäre falsch zu leugnen, daß eine gewisse Unterminierung der herrschenden Wirtschaftsethik sich auch als Verweigerung am Arbeitsmarkt äußert. Wenn unsere Wirtschaft menschlich versagt, wird Arbeitslosigkeit für viele zum Schicksal, für manchen dann aber auch zum Bürgerrecht.

Ein neuer sozialer Kontrakt?

Die Wirtschaftswissenschaft hat es bisher versäumt, die Koexistenz verschiedener wirtschaftlicher Denkweisen und Lebensstile durch Erarbeitung und Diskussion eines konsensfähigen sozialen Kontraktes zu erleichtern. Der alte Kontrakt zwischen den Sozialpartnern – harte Arbeit gegen harte Güter, ergänzt durch den Staat als Steuereinnahmer und Garant in Notfällen – ist für einen Teil der Bevölkerung noch gültig, für einen anderen jedoch fragwürdig geworden.

Den Verfechtern einer ökonomischen Abrüstung wäre ein neuer Kontrakt anzubieten, der auf der Entsprechung von Leistung und Gegenleistung beruht und damit die

herrschenden Angemessenheitsvorstellungen respektiert: weniger oder bessere Arbeit gegen weniger Güter, einschließlich gewisser Abstriche an der Höhe der Rentenansprüche. Dies bedeutet, daß arbeitsfähige, aber im Sinne der Erbringung von marktfähigen Leistungen weniger produktive Menschen in stärker selbstbestimmten, überdurchschnittlich befriedigenden, vielleicht dezentralen Arbeitszusammenhängen ein geringeres monetäres Einkommen akzeptieren würden.

Den Wachstumsbefürwortern ist hier freilich ein Lernprozeß aufgegeben, der die konventionellen Zielvorstellungen einer expandierenden Wirtschaft nicht ungeschoren läßt. Dies liefe auf die Aufgabe des Absolutheitsanspruches jener Lösungsstrategien hinaus, die auf der Expansion des privaten oder staatlichen Sektors beruhen, auf die Akzeptierung einer dualen Ökonomie, und stellte hohe Anforderungen an Toleranz und Solidarität – Denkfiguren, die im gegenwärtigen offiziellen Wirtschaftsdenken keine, jedoch im Ensemble der Sorgen, Ängste und Hoffnungen des Mannes auf der Straße eine große Rolle spielen.

Karl Otto Hondrich, Johann Behrens

Sozio-psychologische Mechanismen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit

Schneller als andere soziale Probleme und gegen alle Interessen der Betroffenen kann Arbeitslosigkeit, wie wir aus den frühen dreißiger Jahren wissen, ausufern, die Legitimität eines politischen Systems angreifen und dieses selbst zerstören helfen. Wie kann sich eine Gesellschaft dagegen wehren? Natürlich, zuvörderst, indem sie

dem Problem wirtschaftspolitisch das Wasser abgräbt. Daneben jedoch verfügt sie über ein Geflecht von (ökonomisch und politisch nur bedingt steuerbaren) sozio-psychologischen Mechanismen, um mit dem Problem zu leben und es als *soziales* Problem kleinzuhalten, auch wenn es ökonomisch weiterwächst. Für den Wirtschaftspolitiker

sind diese Mechanismen interessant, weil sie ihm Spielräume und Daten für seine Entscheidungen angeben. Für den Soziologen, weil sie exemplarisch erhellen, wie Gesellschaften mit sozialen Problemen umgehen, und zu den Fragen führen: Wann sind die Anpassungs- und Abwehrmechanismen erschöpft? Wieviel Arbeitslosigkeit

kann eine Gesellschaft modernen Zuschnitts verkraften?

Wir wollen zunächst als „verschämte“, „hingenommene“, „willkommene“ und „bekämpfte“ Arbeitslosigkeit vier Mechanismen aktueller Problembewältigung untersuchen, die die gesellschaftliche Akzeptanz von Arbeitslosigkeit vergrößern, und uns zum Schluß der Frage zuwenden, unter welchen Bedingungen diese Mechanismen nicht mehr greifen und Arbeitslosigkeit verheerend wird. Eine differenzierte Analyse setzt voraus, daß die Mechanismen nicht nur einerseits bei den Arbeitslosen oder andererseits gesamtgesellschaftlich untersucht werden, sondern daß ihr Zusammenspiel in verschiedenen sozialen Gruppierungen, je nach deren Problembetroffenheit, erörtert wird. So unterscheiden wir zwischen den unmittelbar betroffenen Arbeitslosen, den potentiell Arbeitslosen, den Mit-Betroffenen, zum Beispiel Verwandten und Kaufleuten, deren Einkommen auch geschmälert wird, und den relativ Geschützten, das sind in erster Linie die Beamten und leitenden Angestellten.

Die verschämte Arbeitslosigkeit

Weit über die Hälfte der 1974 arbeitslosen Männer und der alleinstehenden arbeitslosen Frauen im Alter zwischen 25 und 55 Jahren gaben 1975 zu, daß es ihnen nicht leicht fiel, ihren Freunden und Bekannten von der Arbeitslosigkeit zu erzählen. Möglicherweise liegt die Zahl in Wirklichkeit noch höher: es war eine peinliche Frage.

Dies Gefühl der Scham nahm mit der Dauer der Arbeitslosigkeit auch nicht ab. Es verstärkte sich noch. Denen, die über zwei Jahre arbeitslos waren, fiel es am schwersten, davon ihren Freunden und Bekannten zu berichten¹. Arbeitslosigkeit bildet bei uns keine Subkulturen

aus, die es erlauben würden, darüber zu reden und gemeinschaftlich eine eigene Identität zu bilden. Gerade die Gruppierung, die sich relativ am häufigsten mit dem Schicksal der Arbeitslosigkeit auseinandersetzen muß, nämlich die Arbeitslosen ohne Hauptschulabschluß und ohne Berufsausbildung, hatte zu 57 % Schwierigkeiten, von ihrer Arbeitslosigkeit zu erzählen. So ist etwa jeder zweite nicht mehr so oft zu Freunden und Bekannten gegangen wie vorher, obwohl er doch mehr Zeit hatte.

Andere Lebensbereiche, wie die Familie, können bei diesen Arbeitslosen das Selbstwertgefühl nicht stützen: fast zwei Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen kamen sich überflüssig vor; die Hälfte der Männer hatte häufiger als sonst Ärger in der Familie; der Ärger nahm zu, je länger die Arbeitslosigkeit dauerte. Solche psychischen Belastungen beklagten die Arbeitslosen insgesamt häufiger (zu 55 %) als die finanziellen (zu 32 %), obwohl sich das Nettoeinkommen bei Arbeitslosigkeit im Durchschnitt fast halbierte und bei längerer Arbeitslosigkeit besonders allein lebende Frauen vielen vertraglichen Zahlungspflichten nicht mehr nachkommen konnten.

Wenn Arbeitslosigkeit auch nicht mehr zu der schrecklichen Verarmung führt, von der die erste große soziologische Studie über „Die Arbeitslosen von Marienthal“ Anfang der dreißiger Jahre Zeugnis ablegte, so bleibt sie doch für die meisten Arbeitslosen ein Leid und ein Stigma. Was den einzelnen Arbeitslosen in seiner Identität gefährdet, ist für die ganze Gesellschaft zunächst nicht gefährlich, sondern eher nüt-

¹ Vgl. C. Brinkmann: Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (im folgenden abgekürzt: MittAB), 9. Jg., 1976, Heft 4, S. 397 ff., hier S. 410.

lich: der Mechanismus der Stigmatisierung stützt die „Arbeitsmoral“ aller Erwerbstätigen und macht gleichzeitig die Arbeitslosen stumm. Sie treten nicht als ihre eigene selbstbewußte „Pressure group“ auf. Unter all den vielen Stimmen zur Arbeitslosigkeit – den wohlmeinend-kustodialen der Sozialpolitiker und den Stimmen derjenigen, die in den Arbeitslosen eine Ansammlung unfähiger und unwilliger Kostgänger sehen – hört man eine öffentliche Stimme der Arbeitslosen selber nicht. Diesem stumm machenden, lähmenden Mechanismus von Stigmatisierung und Scham sind zwei Gruppen nicht unterworfen: die, die Arbeitslosigkeit hinnehmen können, weil sie für sie keine Schande ist, und die, denen Arbeitslosigkeit ganz willkommen ist.

Die hingenommene Arbeitslosigkeit

Verheiratete Frauen, Ältere, die sowieso bald aus dem Erwerbsleben ausscheiden, und Jugendliche hatten viel weniger Schwierigkeiten als die eben zitierten Männer und alleinstehenden Frauen zwischen 25 und 55 Jahren, ihren Freunden von der Arbeitslosigkeit zu erzählen. Sie plagten sich auch – mit der bemerkenswerten Ausnahme der jugendlichen Arbeitslosen – deutlich seltener mit Selbstvorwürfen: jede vierte alleinstehende, aber nur jede zwanzigste verheiratete Frau fragte sich häufig, ob sie nicht selber schuld an ihrer Arbeitslosigkeit sei. Eine gesellschaftlich anerkannte und vor allem finanziell halbwegs gesicherte Position außerhalb des Erwerbslebens – wie die Position der Hausfrau, des Rentners, in Grenzen des Auszubildenden – schützt also vor Scham und (außer bei Jugendlichen) auch vor Schuldgefühlen. Sie schützt allerdings nicht vor Gefühlen der Leere und der Isolation.

Mehr als alle anderen Gruppen litten verheiratete arbeitslose Frauen unter dem nun fehlenden Kontakt mit Kollegen. Darin zeigt sich die Grenze der „Alternativrolle Hausfrau“, die auch in den Mittelschichten mehr zu einer zweiten Rolle wird. Seit 1953 ist der Anteil verheirateter Frauen, die eine Arbeit suchen, dramatisch gestiegen². Und wie viele Ältere fühlen sich gegen ihren Willen über die flexible Altersgrenze abgeschoben?

Dennoch: Wenn diesen Gruppierungen die Arbeitslosigkeit auch nicht willkommen ist, so können sie sie doch hinnehmen. Ganz im Unterschied zu wenig qualifizierten Männern und alleinstehenden Frauen stürzt Arbeitslosigkeit diese Gruppen nicht in finanzielle Probleme, die einen radikalen Bruch mit dem bisherigen Lebenszuschnitt und den gewachsenen Ansprüchen erzwingen. Jugendliche haben sich noch nicht voll auf die Erwerbstätigkeit eingestellt, für verheiratete Frauen ist sie nicht zentral geworden, und für die vor der Rente Stehenden ist sie es nicht mehr. Selbst behinderte Arbeitslose können dieser Kategorie der akzeptierten Arbeitslosigkeit zugerechnet werden, insofern sie sich, zum Teil mit Bitterkeit, schon vorher auf eine stigmatisierte Situation eingestellt haben.

Auch für die Gesellschaft scheint zunächst diese hingegenommene Arbeitslosigkeit die erträglichste Lösung. Sie macht Arbeitslosigkeit unsichtbar und erhöht dadurch ihre Akzeptanz: die Betroffenen treten nicht als eigene Gruppe auf, finden keinen mächtigen Verbündeten, verschwinden bald aus der Arbeitslosenstatistik und damit aus dem Problembewußtsein. Von diesem Ventil wird in großem Ausmaß Gebrauch gemacht: Von allen befrag-

² Vgl. H. H. Noll, R. Sehringer: Wohlfahrtssurvey 1977, Manuskript, Frankfurt, Mannheim 1978.

ten Arbeitslosen des Jahres 1974 waren ein Jahr später nur 38 % wieder in Arbeit. Von den übrigen zwei Dritteln erschien trotzdem nur die Hälfte in der Arbeitslosigkeitsstatistik. Die übrigen hatten die Statistik und die Arbeitslosenkasse entlastet, indem sie zu 11 % als Hausfrauen, zu 8 % als Rentner und zu 5 % durch Aufnahme einer Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung ausschieden³. Das geschieht keineswegs freiwillig: weniger als die Hälfte der 25 % Arbeitslosen, die zwischen Februar und Dezember 1978 den Arbeitsmarkt als Rentner, Umschüler oder Hausfrauen verließen, hatten dies im Februar vor⁴.

So elegant der Mechanismus der hingegenommenen Arbeitslosigkeit erscheint und so häufig Betriebe bei Entlassungsentscheidungen von ihm Gebrauch machen, so dysfunktional kann es sich langfristig für die Gesellschaft auswirken, wenn Frauen an einer kontinuierlichen Erwerbstätigkeit gehindert und Ältere gegen ihren Willen ausgegliedert werden. Hier werden Muster des Erwerbsverhaltens durchgesetzt, die die zukünftige Krise der Rentenfinanzierung schon programmieren.

Die willkommene Arbeitslosigkeit

Der Maler, der, von Haus zu Haus weiterempfohlen, auf seinen Stundenlohn keine Sozialabgaben und Steuern aufschlägt; der Hochschulabsolvent, der genau sechs Monate gejobt hat, um dann zu reisen oder einen Aufsatz zu schreiben; die Frau des Regierungsrats, die so viele schöngestige Interessen hat, daß es ihr gerade recht ist, daß das Arbeitsamt sich mit der Vermittlung von Halbtagsstellen für Frauen schwertut: das sind die glücklichen Arbeitslosen, für die Arbeitslosigkeit kein Problem ist. Für sie stellt Arbeit als gesetzlich normierte Institution

mit Verpflichtungen gegenüber der weiteren Gesellschaft keinen Wert dar, ja auch das „freie“ Arbeiten tritt für manche weit zurück hinter andere Möglichkeiten, sich selbst zu verwirklichen. Haben wir es mit dem Beginn einer Umwertung aller Werte zu tun, wobei selbstbezogener Hedonismus an die Stelle eines auch kollektiv orientierten Arbeitsethos rückt? Fast alle Wertforscher interpretieren die Umfragedaten, die eine relative Aufwertung des Familien- und Freizeitbereichs gegenüber dem Arbeitsbereich zeigen, in dieser Richtung: postmaterielle Werte, so meinen sie, verdrängen die materiellen.

Selbst wenn dies zuträfe, kann man daraus nicht schließen, daß die Abwertung der Arbeit ein Problemlösungsmuster ist, das sich durchsetzt. Der Mechanismus funktioniert nur für die sozialen Gruppierungen, die alle Funktionen der Arbeit, neben der materiellen Lebenssicherung auch Aufbau und Stabilisierung eines sozialen und individuellen Selbstwertgefühls, „alternativ“, in anderen Lebensbereichen erfüllt bekommen. Nimmt man einmal an, daß die materielle Versorgung über die kollektiven Versicherungssysteme gewährleistet wäre, dann wären Freizeit, Familie und Bildungssystem doch hoffnungslos überbelastet, wenn sie *allein* die Identitätsprobleme der modernen Menschen lösen sollten. (Folgerichtig stieg auch der Anteil der 17- bis 29jährigen, die „einen Beruf, der mich ausfüllt“ als besonders wichtig nannten, zwischen 1973 und 1979 von 68 auf 80 %⁵!)

Ein Anwachsen der freiwilligen Arbeitslosen würde auch schnell die

³ C. Brinkmann, a. a. O., S. 402.

⁴ C. F. Büchtemann, B. v. Rosenblatt: Arbeitslose 1978: Die Situation in der Arbeitslosigkeit, in: MittAB, 14. Jg., 1981, Heft 1, S. 22 ff.

⁵ Vgl. Shell-Jugendstudie 1979.

andere Voraussetzung sichtbar machen, auf der die Problemlösung „willkommene Arbeitslosigkeit“ ruht: es kann nur ein *kleiner* Anteil der Gesamtbevölkerung sein, der sich auf diese Weise ungestraft von der Allgemeinheit alimentieren läßt. Würde der Anteil wachsen, dann hätte das eine drastische Senkung des Lebensstandards der anderen und entsprechende böartige Reaktionen zur Folge. Solange die glücklichen Arbeitslosen eine kleine Minderheit innerhalb der Arbeitslosen bleiben, erfüllen sie, teils als Lebenskünstler bewundert, teils als Trittbrettfahrer scheel angesehen, die Funktion, das Gewissen der Nicht-Betroffenen zu beruhigen und am Negativbild ihren Sinn für Leistungs-Grundwerte zu schärfen.

Die bekämpfte Arbeitslosigkeit

Alle drei genannten Formen von Arbeitslosigkeit, die verschämt erlittene, die hingegenommene und die willkommene, machen es unwahrscheinlich, daß die Betroffenen ihre Arbeitslosigkeit in kollektiven Aktionen bekämpfen, wenn sie auch individuell zum großen Teil trotz aller Resignation weiter nach Arbeit suchen. Je länger Arbeitslosigkeit dauert, um so mehr breiten sich Resignation und Fatalismus aus. „Ich bin oft so entmutigt, daß ich mich frage, ob es überhaupt noch Sinn hat, sich mit irgend etwas zu beschäftigen“, sagte im Februar 1978 jeder vierte, neun Monate später schon jeder dritte der anhaltend Arbeitslosen. Zumindest eine Zeitlang wird deshalb jedoch nicht die individuelle Stellensuche aufgegeben. In derselben Längsschnittuntersuchung 1978 zeigt sich, daß (innerhalb von neun Monaten) die Initiativen der einzelnen Arbeitssuchenden selber sogar zugenommen ha-

ben, während die Vermittlungsversuche des Arbeitsamtes zurückgingen. Besonders dringlich bemühen sich die alleinstehenden Frauen und die Männer in den mittleren Lebensjahren⁶.

Auffallend ist jedoch, daß individuelle Bemühungen nicht in kollektive Aktionen umschlagen. Das kann durch das Zusammenwirken mehrerer Faktoren erklärt werden:

- Arbeitslose sind relativ isoliert und ziehen sich aus Scham noch weiter zurück: fast jedem zweiten „fiel es nicht leicht“, Freunden und Bekannten von der Arbeitslosigkeit zu erzählen. Arbeitslosen fehlt die Solidar-Macht, die in gewachsenen Gemeinschaften entsteht.
- Sie verfügen auch nicht über „Leistungs-Macht“, da sie ja gerade für den ökonomischen Leistungsprozeß entbehrlich sind.
- Ihr Ausschluß aus dem wirtschaftlichen Vergesellschaftungsprozeß auf Abruf macht Arbeitslose schwer organisierbar.
- Sie können Interessen-Verbündete erst in dem Maße gewinnen, in dem Arbeitslosigkeit sich ausdehnt und die Zahl der potentiellen und der Mit-Betroffenen steigt. Dann verliert Stigmatisierung ihre Schärfe.
- Die Mehrheit der Bevölkerung sieht einen Konflikt zwischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sicherung der Preisstabilität und entscheidet sich für die letztere.

Die Gewerkschaften bringt Arbeitslosigkeit in ein Dilemma. Jede Lohnerhöhung, also Vergünstigung zugunsten derjenigen mit festem Arbeitsplatz, widerspricht kurzfristig den Interessen der Arbeitslosen; sie verstärkt die Neigung der Unternehmer, sich von Lohnerhöhungen qua Rationalisierung unabhängiger zu machen. Strategien der Arbeitszeitverkürzung mit entsprechendem

Lohnverzicht, zu dem 1977 27 % der Erwerbstätigen bereit waren und die damit den Interessen von Beschäftigten und Arbeitslosen entsprechen⁷, brauchen viel Zeit zu ihrer tarifpolitischen Durchsetzung. Hohe Arbeitslosigkeit erzwingt aber kurzfristige Reaktionen. Bei ansteigender Arbeitslosigkeit verlieren Gewerkschaften Handlungsspielraum und Beiträge. Sie werden deshalb mit zunehmender Arbeitslosigkeit Mit-Betroffene und zugleich wichtigster Interessenvertreter der Arbeitslosen gegenüber der Allgemeinheit. Die Arbeitslosen führen ihren Kampf nicht direkt und nicht selber, sondern dadurch, daß sich die Zahl der organisierten potentiellen und der Mit-Betroffenen erhöht, zu denen auch die um Wählerstimmen bangenden Parteien gehören. Nur die große, das heißt auch die Kernschichten der Facharbeiter und Angestellten erfassende Arbeitslosigkeit, wird zu einer kurzfristig und verlustreich bekämpften Arbeitslosigkeit.

Die verheerende Arbeitslosigkeit

Willkommene Arbeitslosigkeit, so selten sie sein mag, beruhigt das Gewissen der Allgemeinheit. Durch Marginalisierung wird Arbeitslosigkeit auf Gruppierungen verschoben, die sie hinnehmen und, sofern sie sich aus dem Arbeitsmarkt hinausdrängen lassen, auch mitnehmen und unsichtbar machen. Stigmatisierung läßt die Arbeitslosen selber verstummen. Alle diese bisher erörterten Mechanismen der sozio-psychologischen Verarbeitung von Arbeitslosigkeit funktionieren lange, aber nicht unbegrenzt.

Die Legitimität des Ganzen ist bedroht – ob in ohnmächtig revoltier-

⁶ Alle Angaben nach C. F. Büchtemann, B. v. Rosenblatt, a. a. O., S. 22 ff.

⁷ Vgl. H. H. No 11: Die individuelle Betroffenheit und subjektive Wahrnehmung von Beschäftigungsproblemen und Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, in: MittAB, 11. Jg., 1978, Heft 4, S. 405-416.

rendem Aufbegehren wie jüngst in Manchester oder in eher konventionellem politischem Extremismus oder in einer Mischung aus beiden wie in der Weimarer Republik –, wenn Arbeitslosigkeit in größerem Umfang die Kernschichten der Erwerbstätigen ergreift. Der Legitimitätsschwund tritt um so schneller ein, je mehr er durch weitere soziale Umstände gefördert wird:

□ durch identitätsbelastende Versagungen zusätzlich zur Arbeitslosigkeit, wie zum Beispiel die Demütigung eines noch starken National- und Autoritätsgefühls in der Weimarer Republik;

□ dadurch, daß man vorhandenen Institutionen des demokratischen Systems, insbesondere Gewerkschaften und Parteien, wirksame Problemlösungsideen und Durchsetzungschancen nicht mehr zutraut;

□ dadurch, daß sich im Macht- und Effektivitätsvakuum der demokratischen Institutionen neue Organisationskristalle bilden, die radikale Lösungen in Aussicht stellen. (Diese fehlten zum Beispiel in der öster-

reichischen Arbeitslosengemeinde Marienthal um 1930.);

□ durch steigende Ansprüche an den Staat, ökonomische Krisen zu regulieren und den einzelnen vor ihren Risiken zu bewahren.

In der Bundesrepublik fällt gegenwärtig, im Vergleich zu früher und zu anderen kapitalistischen Staaten, etwa den USA, nur der letzte dieser zusätzlichen Legitimitäts-Risikofaktoren ins Gewicht. Dem entspricht, daß alle Umfragedaten, die man als Indikatoren für die Legitimität des politischen Systems interpretieren kann, in der Bundesrepublik mittlerweile günstigere Legitimitäts-Werte anzeigen als in den USA und Großbritannien – die Verhältnisse haben sich, nimmt man diese Daten ernst, in den letzten zwanzig Jahren im internationalen Vergleich völlig verschoben. Auf die Gefahr hin, als zynisch mißverstanden zu werden, prognostizieren wir, daß die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik sich etwa verdoppeln könnte, bevor es zu Legitimitätseinbußen käme.

Irgendwo zwischen 10 und 20 % scheint, je nach den oben genann-

ten zusätzlichen Risikofaktoren, die Quote zu liegen, von der an das soziale Problem Arbeitslosigkeit weder mit den sozio-psychologischen Akzeptanz-Mechanismen noch mit den politischen Mitteln eines demokratischen Systems zu steuern ist. In den USA liegt die Quote jetzt bei über sieben, in Großbritannien bei über 11 %, in der Weimarer Republik stieg sie bis zu 30 %. Arbeitslosigkeit, so vermuten wir, ist heute aufgrund der verbesserten materiellen Situation gesamtgesellschaftlich *nicht* annehmbarer geworden als früher; die durch die Arbeitslosigkeit aufgeworfenen individuellen und sozialen Identitätsprobleme sind geblieben, vielleicht sogar bedrückender geworden. Zu hoffen ist, daß sich zumindest eines geändert hat: daß politische Systeme schneller und wirksamer reagieren gelernt haben, so schnell zumindest, daß Soziologen die für sie spannendste Frage, bei welcher Arbeitslosenquote die Akzeptanz- und Bekämpfungsmechanismen eines politischen Systems erschöpft sind, empirisch letztendlich nicht beantworten können.

Klaus Novy

Parallelen zur Weimarer Republik

Die amtlich angegebene Zahl der Arbeitslosen nähert sich zwei Millionen. Dies entspricht ungefähr einem Drittel der Arbeitslosenzahl von 1932, dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. Gleichwohl drängen sich kaum Vergleiche zwischen damals und heute auf – zumindest nicht in bezug auf die Lage und Reaktionen der Arbeitslosen. Klare Parallelen hingegen deuten sich hinsichtlich der pro-

zyklischen Sparpolitik des Staates an; der Sozialstaat selbst wird ideologisch und in seiner Funktionsfähigkeit zunehmend in Frage gestellt. Die Evergreens liberalkonservativer Krisenerklärung sind wieder „in“.

Papen sprach in seiner Regierungserklärung vom „Staat, den man zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht habe, wodurch man die moralischen Kräfte der Na-

tion geschwächt habe“. Ebenfalls 1932 benennt Ludwig v. Mises die „wirklichen“ Ursachen der Weltwirtschaftskrise: „die Auslieferung der Staatsmacht an die Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung, die die Arbeitslosigkeit zu einer Dauer- und Massenerscheinung macht, die Sozialversicherung, die die Versicherten zu Querulanten, Simulanten und Neurasthenikern macht“. Die Lösungen liegen auf

der Hand und heißen heute: Reaganomics und Thatcherismus.

Waren es wirklich die Arbeitslosen, die die Weimarer Republik in die Diktatur trieben? Sind Arbeitslose grundsätzlich Träger des politischen Radikalismus? Dies gilt schon für die dreißiger Jahre nur sehr bedingt.

Die dreißiger Jahre

Nehmen wir das Beispiel Wiens, wo die Sozialdemokratie aufgrund ihrer Reformpolitik schließlich eine Mehrheit von über 60 % erreichte. Doch auch sie konnte den Einbruch der Weltwirtschaftskrise und die Entstehung einer Massenarbeitslosigkeit nicht verhindern. Trotz größter Not blieb jedoch ein Netz elementarer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicherung bestehen: auch bei Zahlungsunfähigkeit blieb beispielsweise die Wohnung erhalten; öffentliche Küchen und andere Versorgungsleistungen der Kommune und der Eigenorganisationen (Partei, Gewerkschaft, Konsumgenossenschaft und der über 1000 Arbeitervereine) sicherten nicht nur das Überleben, sondern auch die soziale Identität der Betroffenen. Trotz Krise und der Bedrohung durch zwei Faschismen (Dollfuß und Hitler) büßte die Sozialdemokratie bei den letzten freien Wahlen 1932 weniger als einen Prozentpunkt ein, vermutlich an die Kommunisten, die ihr bestes Ergebnis mit 1,7 % (!) erreichten.

Ganz anders in Deutschland, wo die Sozialdemokratie erhebliche Verluste zu verzeichnen hatte und sich die KPD zu einer Partei der Arbeitslosen entwickelte. Doch hier war das soziale Sicherungsnetz restlos gerissen. Von Arbeitslosenunterstützung konnte seit 1932 im strengen Sinne nicht mehr die Rede sein. Ausweisungen aus Wohnungen waren gang und gebe; sogar aus Gewerkschaftssiedlungen flo-

gen die arbeitslosen und zahlungsunfähigen vormaligen Mitglieder raus. Verlust der materiellen Sicherung, Auflösung der über den Arbeitsplatz und den Berufsverband vermittelten beruflichen Identität sowie der über die Wohnung und die Nachbarschaft vermittelten sozialen Identität und schließlich der Verlust der politischen Identität aufgrund der Tatsache, daß keine der beiden großen linken Parteien eine greifbare beschäftigungspolitische Alternative bot – all dies mußte demoralisierend wirken.

Gerade der gleichzeitige Verlust der Alltagsroutine und des gewohnten Lebensraumes einerseits und der individuellen und politischen Lebensorientierungen andererseits begünstigte jedoch keineswegs ein klares politisches, wenn auch radikales Engagement. Im Gegenteil, Angst, Resignation und Ohnmachtsgefühle waren viel häufiger die Folge. Politisch organisiert waren die wenigsten Arbeitslosen; und wenn, dann vielfach in der Wahl der Partei schwankend und abhängig von konkreten Versprechen und Leistungen. Die Kleidung und Suppen der SA waren für viele Anreiz genug.

Die heutige Situation

Die heutige Situation der Arbeitslosen scheint unvergleichbar. Doch wer historisch denkt, wird die Perspektive einer längeren Stagnation mit steigender Arbeitslosigkeit ernst nehmen, zumal diese Phasen gerade in Deutschland jedesmal extrem antidemokratische Züge annahmen. Was also hat sich grundsätzlich an den Orientierungen des heutigen Arbeitslosen gegenüber der Zeit der letzten großen Stagnation verändert?

Zwanzig Jahre einer historisch einmaligen Prosperitätsphase haben hohe Versorgungsansprüche zur Selbstverständlichkeit werden

lassen. Das staatlich aufgebaute System sozialer Absicherung hat die älteren Formen des kollektiv-solidarischen Selbstschutzes und Risikoausgleiches (z. B. durch die Gewerkschaften) überflüssig gemacht. Sicherheit wird also immer weniger über eigene Organisationserfahrung vermittelt als durch individuelle Rechtsansprüche an den Staat gewährleistet. Mit der Bürokratisierung der Arbeiterorganisationen (Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und andere Eigenunternehmen), mit der Zerstörung geschlossener Arbeiterviertel und der zunehmenden Mobilität sowie der Fragmentierung von Arbeitskollektiven im Betrieb fallen schließlich weitere Felder kollektiver Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungsgewinnung aus.

Wird nun das gewohnte staatliche Sicherungssystem eingeschränkt – und diese Schwelle ist erreicht –, so ist das gegenüber früher doppelt problematisch: der Schock ist größer, weil sich in der individualisierten „Wohlstandsgesellschaft“ Identität so stark am Versorgungsniveau konstituiert; die Möglichkeit ihn zu verarbeiten ist aufgrund fehlender kollektiver Handlungsmöglichkeiten und objektivierender Interpretationsangebote (früher durch oppositionelle Parteien) stark verringert. Derart unverarbeitet wird die Wirtschaftskrise zu einer persönlichen des Arbeitslosen, von dem zumindestens in der ersten Phase keine öffentlich sichtbaren „politischen Gefahren“ ausgehen.

Dieses Fehlen an offenem Widerstand als „soziale Akzeptanz der Arbeitslosigkeit“ zu deuten, ist eine beschönigende Rationalisierung eines ganz anderen Sachverhaltes: der politischen und kollektiven Verantwortungslosigkeit und des gänzlichen Verlustes des Solidaritätsgedankens. Beides kommt deutlich

darin zum Ausdruck, daß jeder Versuch schon der ernsthaften Diskussion einer beschäftigungspolitischen Solidarabgabe zur Arbeitsbeschaffung im Vorfeld erstickt wird; ebenso jeder Vorstoß in Richtung der Solidarverpflichtung der Beamten und Selbständigen für die Arbeitslosen. Dabei gibt es durchaus historische und ausländische Beispiele phantasievoller Finanzierungsverfahren, die sozialpolitisch vertretbar sind.

Es ist schon eine merkwürdige Gesellschaft: erst werden historische Strukturen aufgebaut, die die objektive Krise in eine Summe von individuellen transformieren und die Selbsthilfe und Widerstand erschweren; sodann wird von Mangel an Widerstand auf „soziale Akzeptanz“ und Fehlen von politischem Handlungsbedarf geschlossen – als ob die „Krise“ von über 2 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern die anderen nichts angehe. Schließlich

wird auch noch der fehlende Widerstand zum Argument für die weitere Reduzierung staatlicher Leistungen.

Doch selbst in dieser gruppenegoistischen Optik der Nochbeschäftigten und Anders-Gesicherten tauchen zwei Gefahren auf. Erstens trägt die prozyklische Sparpolitik über negative Multiplikatoren zur ständigen Vergrößerung des Problems bei. Zweitens werden die finanziellen und psycho-sozialen Belastungen der Arbeitslosen die Demoralisierung so weit vorantreiben, daß es – mangels erfolgreicher Interessenvertretung und Schutzorganisationen – zu einer politischen Verwahrlosung kommen kann: primitive Feindbilder werden entstehen, und die Anfälligkeit für Demagogie und für die Versprechen einer autoritären Lösung wird zunehmen.

Abschließend noch eine Anmerkung zu einer aktuellen Variante

des sozialreformerischen „Krisenoptimismus“. Hielt man früher gerne die durch die Krise arbeitslos Gewordenen für das revolutionäre Potential, das die Gesellschaft verändern werde, so gibt es heute Interpretationen, die in der Krise den Einstieg in den durch Wertwandel nahegelegten Ausstieg aus der Wachstums- und Arbeitsgesellschaft zu erkennen glauben. Tatsächlich sind ja besitz-, leistungs- und arbeitskritische Einstellungen zunehmend feststellbar. Doch ist dies wirklich eine autonome Tendenz, oder unterliegt der Wertwandel nicht selber dem Wandel, nämlich den langen wirtschaftlichen Wechsellagen? Und führt nicht die längere Erfahrung der Arbeitslosigkeit und Unsicherheit wieder zu besitzstandsichernden Einstellungen? So oder so: bei beiden Interpretationen führt kein Weg an der Schaffung sinnvoller Beschäftigung für die Arbeitslosen vorbei.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG - HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Karl Wolfgang Menck

TECHNOLOGIETRANSFER IN ENTWICKLUNGSLÄNDER

- Der Beitrag deutscher Unternehmen -

Ziel dieser empirisch abgesicherten Untersuchung über den privatwirtschaftlichen Technologietransfer ist es, den Beitrag deutscher Unternehmen zum Technologietransfer insgesamt zu ermitteln, dessen sektorale und regionale Struktur zu analysieren und die mit dem Transfer verbundenen Kosten zu schätzen. Im Mittelpunkt steht dabei die Auswertung einer Befragung von 71 deutschen Unternehmen. Die Studie schließt mit Vorschlägen der befragten Unternehmen zur künftigen Förderung des Technologietransfers und empfiehlt Maßnahmen, die Industrie- und Entwicklungsländer ergreifen sollen.

Großoktav, 200 Seiten, 1981, Preis brosch. DM 39.-

ISBN 3-87895-216-3

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G